

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen



SPD-Landesorganisation Bremen • Obernstraße 39-43 • 28195 Bremen

Sozialverband Deutschland
Herrn Gerd Meyer-Rockstedt
Breitenweg 12
28195 Bremen

per E-Mail: larsmueller@sovd-hb.de

Bremen, 11. Mai 2011
☎ 0421/3 50 18-16, Tim Cordßen

Sehr geehrter Herr Meyer-Rockstedt,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine. Gerne nehmen wir zu Ihren Fragen Stellung.

Zu Frage 1:

Bremen verfolgt seit vielen Jahren eine soziale Politik zur Integration von Menschen mit Behinderungen, die bundesweit Anerkennung findet. Wir treten weiterhin für die konsequente Umsetzung des Inklusionsgebotes in den Kindergärten und Schulen ein sowie für Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrssystemen. Bremen ist das erste Bundesland, das nach Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention die Verpflichtung der allgemeinen Schulen, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln, in sein Schulgesetz (§ 3 Abs. 4 BremSchulG) aufgenommen hat. Dem Bremischen Schulgesetz liegt ein weit gefasster Begriff von Inklusion zugrunde. Er geht sogar über die Perspektive der UN-Behindertenrechtskonvention hinaus.

Die neue UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfaltigkeit aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Dieser Anforderung wollen wir uns stellen, indem wir zur Umsetzung der UN-Konvention im Lande Bremen in enger Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten, dem Behindertenparlament, mit Initiativen von Betroffenen sowie den Leistungserbringern einen Aktionsplan entwickeln.

Wir wollen die stationären und ambulanten Wohnangebote für behinderte Menschen weiter entwickeln. Wir legen Wert auf kleinräumige Angebote und setzen dabei auch auf die Kooperation mit

den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Wir wollen den Anteil ambulanter Wohnformen deutlich erhöhen.

Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben mit dem Ziel der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern. Dieses wollen wir durch eine konzertierte Aktion von Politik und Wirtschaft, durch Integrationsprojekte gerade auch im Einflussbereich des Landes Bremen, durch die Nutzung neuer Projekte und Maßnahmen sowie bundesgesetzliche Initiativen erreichen. Wir wollen Integrationsbetriebe verstärkt fördern und dabei auch die Werkstatt Bremen nutzen.

Die Einführung des persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Einbeziehung der Behindertenverbände und die Umsetzung einer qualifizierten Budgetberatung und -assistenz unterstützen. Die Angebote zur Betreuung älterer Menschen mit Behinderungen wollen wir vor allem in der Tagesform weiter entwickeln.

Wir treten für die vorausschauende Weiterentwicklung behindertengerechter Zugänge und die Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, und zwar insbesondere auch im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen darauf achten, dass Planungen der Verwaltung sich konsequent an die rechtlichen Vorgaben der Barrierefreiheit halten.

Zu Frage 2:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Bremen und Bremerhaven zu aktiven Bürgerstädten entwickeln und den älteren Menschen Teilhabechancen eröffnen, ihnen Beteiligungsmöglichkeiten bieten und die soziale Integration der zunehmenden Zahl älterer Menschen verstärken. Den demografischen Wandel wollen wir auch im Hinblick auf das mögliche Entstehen von Altersarmut analysieren und den „Altenplan“ der Senatorin für Soziales weiterentwickeln.

In den Stadtteilen wollen wir die Schaffung einer seniorengerechten Infrastruktur fortsetzen. Öffentliche und private Dienstleistungsangebote (Post- und Bankfilialen, Briefkästen u. a.) müssen auf kurzen Wegen erreichbar sein. Wir wollen weitere barrierefreie Modellvorhaben für gemeinschaftliches, altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen gefördert sehen. Dazu werden wir auch unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften nutzen.

Die Aufstellung von Fitnessgeräten für ältere Menschen wollen wir an geeigneten Stellen in öffentlichen Räumen, auch im Rahmen von zu schaffenden Mehrgenerationenspielflächen, befördern. Die Arbeit der Begegnungsstätten wird maßgeblich durch ehrenamtliches Engagement getragen. Sie sind wichtig, weil sie wirksam der Gefahr der Vereinzelung der Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen vorbeugen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Arbeit fortgeführt wird.

Wir brauchen eine selbstbestimmte Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren. Wir werden deshalb die Seniorenvertretung weiter unterstützen und ihre Beteiligung an parlamentarischen Beratungsprozessen stärken. Um die Selbstbestimmungsmöglichkeiten zu stärken, werden wir darüber hinaus zusammen mit der Verbraucherzentrale eine Verbraucherschutzberatung für ältere Menschen aufbauen. Außerdem wollen wir die Heimaufsicht stärken und so auch das neue Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz umsetzen.

Der demographische Wandel muss begleitet werden durch eine Weiterentwicklung der Beratungsinfrastruktur und unterstützender Dienstleistungen. Die Dienstleistungszentren sind ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Infrastruktur. Die Modellprojekte aufsuchender Altenarbeit sollen verstetigt werden. Die Angebote für an Demenz erkrankte ältere Menschen sollen in Kooperation mit den Kliniken und anderen Einrichtungen verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, die Qualifizierung der Fachkräfte in der Alten- und Krankenpflege durch gemeinsame Aus- und Weiterbildung zu verbessern und durchlässiger zu gestalten, auch um einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Zu Frage 3:

Die Politik der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes und der Schaffung von Teilhabechancen möchten wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir wollen uns weiterhin für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und nach wie vor bestehende Benachteiligungen von Frauen abbauen.

Damit Frauen eigenständig und selbstbestimmt leben können, brauchen sie in jeder Lebenslage ihre persönliche soziale und finanzielle Sicherung – unabhängig davon, ob sie alleine, in einer Partnerschaft, in einer Ehe, mit Kindern oder ohne Kinder leben.

Die Erwerbschancen von Frauen werden von mangelnden Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beeinträchtigt. Sie haben weitaus häufiger als Männer eine unsichere und nicht existenzsichernde Arbeit. Sie erzielen im Durchschnitt ein um ein Viertel geringeres Einkommen als Männer. Sie sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und profitieren nicht im gleichen Maße wie Männer von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Wir werden unsere Unterstützungsprogramme besonders auf diese Zielgruppen ausrichten.

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss am Prinzip der sozialen und ökonomisch eigenständigen Existenzsicherung aller Erwerbsfähigen und damit auch einer armutsfesten Alterssicherung für Frauen ausgerichtet werden. Mit gezielten Maßnahmen muss das Spektrum für Mädchen und junge Frauen bei der Berufswahl konsequent erweitert werden. Auch in der Sozial- und Steuerpolitik muss das Leitbild einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen das Ziel sein.

Um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, benötigen wir eine nachhaltige Politik der Unternehmen. Wir brauchen einen verbindlichen Fahrplan mit festen Zielgrößen, klar zugeordneten Verantwortlichkeiten und Sanktionsmechanismen. Zudem brauchen wir mehr Transparenz bei der Besetzung von Leitungsstellen und wir müssen dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer in allen Bereichen eines Unternehmens gewährleistet ist, um den Aufstieg von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen zu gewährleisten.

Die besondere Förderung von Frauen und die Gewinnung von Studienanfängerinnen insbesondere für die mathematisch-natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge bleibt eine zentrale Aufgabe der Universität und der Hochschulen.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbunden werden mit Fördermaßnahmen für Frauen im Beruf. Teilzeitarbeit darf kein Karrierehemmnis sein. Es muss endlich eine

gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei vergleichbaren Tätigkeiten realisiert werden. Frauen müssen die gleichen Aufstiegschancen in Führungspositionen haben wie Männer. Bisherige Selbstverpflichtungen haben wenig Erfolge gezeigt. Deshalb werden wir Initiativen für ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft analog zum öffentlichen Dienst ergreifen.

Dies beinhaltet die Forderung, dass beide Geschlechter jeweils mindestens 40 Prozent an Aufsichtsratsmandaten erhalten müssen. Wir wollen das Land Bremen in Fragen der Gleichstellung zum bundesweiten Vorbild machen, indem für öffentliche Betriebe langfristig eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten angestrebt wird.

Zu Frage 4:

Gute Ausbildung hat für die Bremer SPD eine hohe Priorität. Eine qualitativ hochwertige Erstausbildung sehen wir als wesentliche Grundstein für ein erfolgreiches Berufsleben. Deswegen muss jeder Schulabgängerin und jedem Schulabgänger ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Zusammen mit den Tarifpartnern werden wir deshalb die Bremer Vereinbarungen fortführen mit dem Ziel, das Angebot an Ausbildungsplätzen kontinuierlich zu steigern. Allerdings ist hier vor allem die Wirtschaft in der Pflicht, die einerseits für die duale Ausbildung die wesentliche Verantwortung trägt und andererseits dem drohenden Fachkräftemangel entgegen wirken muss, um zukunfts- und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zugleich wollen wir durch eine breitere und intensivere Berufsorientierung in allen Schulen den direkten Übergang von der Schule in die Ausbildung erleichtern. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die Ausbildung gut vorbereitet werden und ihre Suche nach dem richtigen Ausbildungsplatz durch Praktika und Berufswahlpass unterstützt wird.

Eine besondere Verpflichtung sehen wir darin, denjenigen eine Perspektive zu eröffnen, die bisher vergeblich versucht haben einen Ausbildungsplatz zu finden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle so genannten Altbewerberinnen und Altbewerber in der kommenden Legislaturperiode einen Ausbildungsplatz erhalten. Dabei kommt der vollzeitschulischen Ausbildung eine wichtige Rolle zu, wenn sie den Übergang in den Arbeitsmarkt tatsächlich ermöglicht.

Wo vollschulische Bildung jedoch eher als Warteschleife und damit wenig zielführendes Übergangssystem fungiert, werden wir ineffiziente Angebote zugunsten wirkungsvoller Unterstützungen abbauen. Im dualen System haben die berufsbildenden Schulen dagegen eine unverändert wichtige Rolle als unverzichtbare Kooperationspartner der Ausbildungsbetriebe. Wir werden uns für eine stärkere Lernortkooperation und mehr Werkstätten für einen zeitgemäßen Praxisunterricht einsetzen.

Wir werden die Wirtschaft gezielt bei der Aufgabe unterstützen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. So werden wir rechtzeitig mit einer MINT-Initiative in den Schulen das Interesse an Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften bei Jugendlichen wecken, um junge Menschen und insbesondere Frauen für technische Berufe und Studiengänge zu interessieren und zu gewinnen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, werden zudem Betriebe künftig intensiver prüfen müssen, wie sie junge Menschen mit Behinderungen in die duale Ausbildung integrieren können. Soweit erforderlich, werden sie dabei unterstützen.

Auch generell wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben mit dem Ziel der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern. Dieses wollen wir durch eine konzentrierte Aktion von Politik und Wirtschaft, durch Integrationsprojekte gerade auch im Einflussbereich des Landes Bremen, durch die Nutzung neuer Projekte und Maßnahmen sowie bundesgesetzliche Initiativen erreichen. Wir wollen Integrationsbetriebe verstärkt fördern und dabei auch die Werkstatt Bremen nutzen.

Das Ziel einer möglichst hohen Erwerbsbeteiligung auch behinderter Menschen ist nur zu erreichen, wenn auch die Berufsausbildung möglichst vieler Jugendlichen mit Behinderung gelingt. Wir werden uns hierfür weiterhin engagieren. Von der bereits eingeleiteten Schulreform können Schülerinnen mit Behinderungen besonders profitieren, weil z. B. inklusiver Unterricht und Ganztagschule auch ihre Chancen auf einen erfolgreichen Schulabschluss mit Berufsbildungsreife verbessern.

Zu Frage 5:

Wir lehnen die unsoziale und ungerechte Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung ab, weil sie nur zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen betrieben wird. Ein sozialdemokratisch geführter Bremer Senat wird sich auf Bundesebene entschieden gegen einen radikalen Systemwechsel im Gesundheitswesen und gegen die geplante Privatisierung von Krankheits- und Pflegerisiken wenden. Deshalb lehnen wir das GKV-Finanzierungsgesetz entschieden ab und bekämpfen jede Form von Kopfpauschalen und Zusatzbeiträgen.

Zentralisierungsversuche der Bundesregierung in der Krankenhauspolitik durch die Einführung bundesweiter Fallpauschalen lehnen wir ab. Wir fordern den Erhalt und die Weiterentwicklung der solidarischen und paritätisch finanzierten Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die auch die Pflegeversicherung umfasst, sowie wirksame Gesetze zur Prävention/Gesundheitsförderung und mehr Rechte für Patientinnen und Patienten durch ein bundesweites Patientengesetz.

Zu Frage 6:

Die Bremer SPD wird sich konsequent gegen Lohn- und Sozialdumping einsetzen. Obwohl in den letzten Jahren die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse erheblich gewachsen ist, halten wir am Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses für Männer und Frauen fest. Wir setzen uns dafür ein, überall sozialversicherungspflichtige und tarifrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu etablieren. Weil auch Mini-Jobs prekäre Beschäftigung sind, fordern wir die Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde, plädieren jedoch bei Niedrigsteinkommen für eine Subventionierung des Arbeitnehmeranteils der Sozialversicherungsbeiträge.

Wenn Menschen trotz Vollzeitarbeit ergänzende staatliche Hilfen benötigen, verstößt dies nach unserer Überzeugung gegen Verfassung und Menschenwürde. Wir engagieren uns deshalb für die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von zur Zeit mindestens 8,50 Euro pro Stunde und haben dieses Mindestentgelt auch im auf SPD-Initiative hin grundlegend novellierten bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz verankert.

Wir haben dafür gesorgt, dass Mindestlöhne im direkten Einflussbereich der bremischen öffentlichen Hand zum Standard gehören. Weitergehende Gestaltungsmöglichkeiten haben wir auf Lan-

desebene leider nicht, weil die Festsetzung flächendeckender Mindestlöhne der Gesetzgebungskompetenz des Bundes unterliegt.

Dies gilt auch hinsichtlich der Gesetzgebung zur Leiharbeit, bei der wir in der wir bereits mehrfach vergeblich versucht haben, über den Bundesrat Verbesserungen durchzusetzen. Dennoch werden wir weiterhin für faire Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter kämpfen.

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss aus unserer Sicht dringend novelliert werden, um Missbrauch, Lohn- und Sozialdumping einzudämmen. Leiharbeit muss auf die Abdeckung vorübergehender Produktions- und Nachfragespitzen begrenzt werden, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Entgelt prinzipiell mit Stammbeschäftigten gleich gestellt werden. Bis zu einer grundlegenden Neuregelung des Gesetzes werden wir uns im Land Bremen für eine schärfere Kontrolle der Leiharbeitsunternehmen einsetzen.

Um den Niedriglohnsektor zu begrenzen, werden wir zudem konsequent gegen jede Form von Scheinselbstständigkeit vorgehen und Missbrauch der EU-weiten Freizügigkeit im Dienstleistungsbereich bekämpfen. Bei Wirtschaftsförderung und öffentlicher Auftragsvergabe muss sicher gestellt werden, dass keine prekäre Beschäftigung begünstigt wird.

In der Arbeitsmarktpolitik wollen wir mit dem Schwerpunkt Qualifizierung nicht nur dem Fachkräftemangel vorbeugen, sondern vor allem dazu beitragen, die Qualifikation von Beschäftigten und Arbeitsuchenden und damit ihre Chancen auf Existenz sichernde Beschäftigung zu verbessern. Durch eine bereits beschlossene unabhängige und leicht zugängliche Bildungsberatung wollen wir den Zugang zu Bildungsangeboten für alle Menschen erleichtern, Bildungsgutscheine sollen bei Beschäftigten und Betrieben Anreize für berufliche Weiterbildung schaffen. Ein „Bündnis für Weiterbildung“ soll als Plattform gemeinsamer Aktivitäten von Tarifpartnern und Politik geschaffen werden.

Um möglichst vielen Arbeitslosen die Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen, werden wir auch künftig ein breites Instrumentarium zur Arbeitsmarktförderung nutzen. Aktive Beschäftigungspolitik, also die aktivierende Heranführung von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitsmarkt über Beschäftigungsangebote hat aus unserer Sicht klare Vorteile vor passiver Leistung, also der bloßen Finanzierung des Lebensunterhalts von Arbeitslosen.

Wir wollen daher für das Land Bremen ein Konzept zur Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Strukturen entwickeln, das die konkreten Bedarfe von Arbeitsmarkt und Kommunen zusammenbindet. Dabei streben wir auch betriebsnahe Beschäftigungsmaßnahmen an, die, soweit sie als Marktersatz fungieren, sozialversicherungspflichtig gestaltet sein sollen. Dabei zielen wir auf eine stärkere Verzahnung von öffentlich geförderter Beschäftigung mit der Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk. Auf Bundesebene werden wir uns zugleich dafür einsetzen, dass (passive) Leistungen, die langzeitarbeitslose Menschen zum Lebensunterhalt erhalten, für eine aktive Beschäftigungsförderung genutzt werden können.

Zu Frage 7:

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein vertrautes Thema, aber noch nicht zufriedenstellend gelöst. So betrifft diese Frage z. B. die Betreuung außerhalb der Betreuungszeiten bei Ganztagschulen. Das Angebot der Ganztagschulen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss eine entsprechende Betreuungslandschaft im Land Bremen für Eltern und Alleinerziehende geschaffen werden.

Im Kita-Jahr 2006/2007 wurden ca. 85 Mio. Euro für die Kinderbetreuung ausgegeben. Im Kindergartenjahr 2010/2011 sind es 115 Mio. Euro. Der Senat hat die Aufwendungen für Kinderbetreuung massiv erhöht – und dies trotz der bekannten schwierigen Finanzsituation Bremens. Auch der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren schreitet in Bremen gut voran. In jährlichen Ausbaustufen wird bis 2013 der Rechtsanspruch Tagesbetreuung (35 Prozent) der unter 3-Jährigen auf einen Betreuungsplatz sichergestellt. In 2010 wurde eine Quote von 23 Prozent erreicht. 2011 kommen mehr als 400 Plätze hinzu.

Ganztagschulen tragen aus unserer Sicht nicht nur zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, sondern sie können auch ein wirksames Mittel sein, um Bildungsbarrieren abzubauen und den Schulerfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln, da sie mehr Zeit für die individuelle Förderung lernschwächerer wie auch lernstarker Schülerinnen und Schüler lassen.

Wir haben daher in den vergangenen Legislaturperioden den Ausbau der Ganztagschulen massiv vorangetrieben und so vielen Kindern mehr Zeit zum Lernen gegeben. Im Land Bremen gibt es inzwischen 23 Ganztagschulen im Primarbereich und 32 Ganztagschulen im Bereich der Sekundarstufe I. Die Bildungsdeputation hat für die Stadtgemeinde für das Schuljahr 2011/12 die Neugründung von einer weiteren Ganztagsgrundschule sowie zwei weiteren Ganztagschulen im SEK I-Bereich für das Schuljahr 2012/13 beschlossen.

Zu Frage 8:

Die Bekämpfung sozialer Spaltung, die Durchsetzung einer solidarischen Gesellschaft und die Schaffung gerechter Teilhabechancen sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zentrale politische Ziele. Niemand darf in Armut und einer prekären Lebenslage zurückgelassen werden. Alle Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven müssen umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Teilhabe ist mehr als die bloße Existenzsicherung. Sie umfasst auch ein selbstbestimmbares Leben, gute Bildungschancen und gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Wir haben in der zurückliegenden Legislaturperiode in Bremen wichtige politische Programme und Projekte einer sozialen Stadtpolitik auf den Weg gebracht. Einen der Schwerpunkte bildete die Förderung von Kindern: Die Kinderbetreuung wurde und wird qualitativ und quantitativ ausgebaut. Wir haben das Personal in den Kindertagesstätten verstärkt, das kostenlose Mittagessen für Kinder aus armutsgefährdeten Lebenslagen in den Kindertagesstätten und Horten eingeführt, die Sprachförderung in den Kindertagesstätten verstärkt, eine durchgehende Betreuung auch in den Ferien für alle Kinder umgesetzt und die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in allen Stadtteilen erheblich ausgebaut.

Zugleich wurde der Kinderschutz umfassend neu aufgestellt und reformiert, angefangen von der Einrichtung eines Kinder- und Jugendnotdienstes über eine Qualifizierungsoffensive der Fachkräfte bis hin zu einer Verbesserung der Kooperation zwischen den verschiedenen Diensten.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Stärkung der Stadtteile. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Ortsteilen und die Stärkung der Beteiligungsrechte der Ortsbeiräte durch das neue Beirätegesetz sind politische Meilensteine. Das bewährte Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), welches maßgeblich zur Stabilisierung und Förderung benachteiligter Stadtteile beiträgt, wurde auf weitere Gebiete ausgedehnt.

Mit dem Impuls-Programm und der Stiftung Wohnliche Stadt haben wir in Bremen wichtige Instrumente zur Stärkung der Stadtteile. Bremerhaven hat ein eigenes Programm Wohnen in Nachbarschaften aufgelegt. Das wollen wir trotz finanzieller Zwänge in den nächsten Jahren fortsetzen.

Mit unserer Politik für den Erhalt aller kommunalen Krankenhäuser haben wir wichtige Grundlagen für eine bedarfsgerechte, solidarische und qualifizierte Krankenhausversorgung in Bremen und Bremerhaven geschaffen.

Unseren bundespolitischen Einfluss haben wir genutzt für Initiativen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und für die Einführung eines Mindestlohnes. Gemeinsam mit anderen von der SPD politisch geführten Ländern ist es uns gelungen, ein Schulstarterpaket durchzusetzen, durch das Kinder von Hartz-IV-Empfängern zusätzliches Geld für die Schulausstattung erhalten. Flankiert wurde dies durch die Einführung eines Stadttickets im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und eines Kulturtickets zur Förderung kultureller Teilhabe.

Diese Politik der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes und der Schaffung von Teilhabechancen möchten wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Wir wollen

- die Teilhabechancen und die soziale Integration aller Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen durch eine soziale Stadtteilentwicklung stärken,
- den Ausbau der Kindertagesbetreuung fortsetzen und die Kinder- und Bildungsarmut bekämpfen, aber nicht nur um die soziale Benachteiligung zu überwinden, sondern auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern,
- uns weiterhin für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und nach wie vor bestehende Benachteiligungen von Frauen abbauen,
- Bremen und Bremerhaven zu aktiven Bürger-Städten unter der besonderer Einbeziehung jüngerer und älterer Menschen sowie von Menschen mit Behinderungen entwickeln,
- die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit einem Migrationshintergrund erreichen,
- ein menschenwürdiges Existenzminimum für Alle mit Unterstützung des Bundes gewährleisten und
- für eine sozial gerechte und zukunftsorientierte Gesundheitspolitik und eine gute Pflege eintreten.

Zu Frage 9:

Eine sich verändernde Gesellschaft wünscht neue Wohnformen und braucht mehr Projekte gemeinschaftlichen Wohnens. Daher will die SPD zukünftig Grundstücke in öffentlichem Eigentum mittels geeigneter Vergabeverfahren gezielt für diese Zwecke verwenden. Doch auch private Grundstückseigentümer sollen motiviert werden, auf ihren Flächen vermehrt solche Bauprojekte zuzulassen. Im Ergebnis muss mehr behindertengerechter, barrierefreier oder barrierearmer Wohnraum entstehen, als er bislang vorhanden ist.

Die SPD tritt für die vorausschauende Weiterentwicklung behindertengerechter Zugänge und die Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, insbesondere im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen darauf achten, dass Planungen der Verwaltung sich konsequent an die rechtlichen Vorgaben der Barrierefreiheit halten.

Die meisten Verbindungen des Öffentlichen Personennahverkehrs im Land Bremen sind bereits heute barrierefrei eingerichtet. Wenn ein im Fahrplan barrierefrei angekündigter Bus oder Straßenbahn das nicht sind, kann der Fahrgast eine Entschädigung von der BSAG oder der BVV einfordern.

Die SPD engagiert sich dafür, die noch bestehenden Lücken im barrierefreien ÖPNV so bald wie möglich zu schließen. Unser Einsatz für barrierefreie Zugänge in Bussen und Bahnen endet jedoch nicht an der Landesgrenze. Wegen der diesbezüglichen Mängel in den neuen Zügen der Regio-S-Bahn ist der Senat bereits in Gespräche mit dem Land Niedersachsen eingetreten und unterstützt den Behindertenbeauftragten des Landes Bremen aktiv, eine Lösung zu finden.

Zu Frage 10:

Im Hinblick auf den mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurs und den damit verbundenen Defizitabbau ist auf der Ausgabenseite ein jährlicher Abbau des Personalbestandes um 1,5 Prozent, der bis 2014 eine Reduzierung um 950 Stellen entspricht, vereinbart. Weitere zukünftige Anforderungen auf der Ausgabenseite bestehen u. a. in der Deckelung der Sozialausgaben auf einen jährlichen Anstieg um 1,7 Prozent und der Absenkung der Investitionsausgaben.

Auf der Einnahmenseite wurde eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab 2011 und weitere Einnahmeverbesserungen beschlossen. Weitere Möglichkeiten des Landes auf der Einnahmeseite mittels Steuererhöhungen oder Vermögensveräußerungen in ökonomisch nachhaltiger Weise nennenswerte Konsolidierungspotenziale zu erschließen, sehen wir Sozialdemokraten als begrenzt an.

Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Pahl
Landesgeschäftsführer